



HESSISCHER LANDTAG

23. 03. 2017

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Festnahme des Journalisten Deniz Yücel ist Zeugnis einer besorgniserregenden Entwicklung in der Türkei

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedauert die anhaltenden Spannungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Türkei in höchstem Maße und betrachtet die aktuelle, von türkischen Verantwortlichen provozierte Eskalation der Streitigkeiten zwischen unseren Ländern sowie zwischen der Türkei und anderen EU-Partnerstaaten, insbesondere den Niederlanden, mit Sorge.
2. Der Landtag hält die jüngsten Provokationen, Beschimpfungen und Beleidigungen durch türkische Regierungsverantwortliche für absolut inakzeptabel. Vor allem hält er die von der türkischen Regierung gezogenen Vergleiche zwischen europäischen Rechtsstaaten und den Nationalsozialisten für historisch falsch und unangemessen. Das deutsch-türkische Verhältnis, welches traditionell durch eine lange Freundschaft und die hohe Bedeutung der strategischen Partnerschaft geprägt ist, befindet sich durch die Handlungen der türkischen Regierung derzeit in einer großen Belastungsprobe und ist durch tiefgreifende und ernste Meinungsunterschiede zu grundlegenden Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geprägt.
3. Der Landtag betont, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit für alle Menschen in der Türkei gelten muss. Die Meinung der Regierung oder einer Partei darf nicht gleichgesetzt werden mit der Meinung aller Türiinnen und Türiken. Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich friedlich gegen die geplanten Änderungen an der türkischen Verfassung aussprechen, dürfen an der Ausübung dieser Grundrechte nicht gehindert werden. Kritik an Regierungen und ihren Gesetzesvorhaben muss jeder türkischen Bürgerin und jedem türkischen Bürger möglich sein.
4. Der Landtag stellt fest, dass es auch in Deutschland unter den türkeistämmigen Mitbürgern Befürworter und Gegner der Verfassungsänderungen gibt. Der Landtag betont das Recht, friedlich Meinungen öffentlich kund zu tun. Er ruft alle in Deutschland lebenden Menschen dazu auf, sich von der notwendigen kritischen Diskussion über die politische Situation in der Türkei nicht spalten zu lassen und das gute gesellschaftliche Miteinander von türkeistämmigen und allen anderen hier lebenden Menschen nicht zu gefährden. Zugleich dürfen die Handlungen der türkischen Regierung nicht mit den Einstellungen der in Deutschland lebenden türkeistämmigen Menschen gleichgesetzt werden. Der Landtag sieht mit Besorgnis, dass die Handlungen der türkischen Regierung dazu missbraucht werden, islamfeindliche Stimmungen zu schüren.
5. Der Landtag kritisiert erneut die Inhaftierung zahlreicher Journalisten, Wissenschaftler, Intellektueller und demokratisch gewählter Abgeordneter, die massiven Einschränkungen der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Absetzung zahlreicher demokratisch gewählter Bürgermeister sowie die Entlassung und Verhaftung von Zehntausenden Beamten in Justiz und Verwaltung in der Türkei seit dem gescheiterten Militärputsch im Sommer 2016. Diese Form der Repression ist auch als Reaktion auf den verurteilungswürdigen Putschversuch nicht zu rechtfertigen, sondern steht für eine Entwicklung, die dem Landtag zunehmend größte Sorgen um Demokratie, Menschenrechte und die Zukunft der Türkei bereitet. Für eine Demokratie ist es unabdingbar, dass Medienvertreter frei und ohne Angst berichten können.

6. Der Landtag fordert nachdrücklich die sofortige Freilassung des hessischen Journalisten Deniz Yücel aus der türkischen Untersuchungshaft. Er erwartet, dass allen in der Türkei Beschuldigten und Angeklagten unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und ihrer politischen Überzeugung ein zügiges, faires und rechtsstaatliches Verfahren offensteht. Dazu gehört auch, dass die Türkei unverzüglich eine konsularische Betreuung deutscher Staatsbürger ermöglicht.
7. Der Landtag begrüßt, dass die Europaministerin mit einer Delegation von Landtagsabgeordneten in dieser schwierigen Zeit in die Türkei gereist ist und damit verdeutlicht, wie wichtig es ist, miteinander statt übereinander zu sprechen und damit in schwierigen Zeiten nicht sprachlos zu werden. Es gilt insbesondere, für die Menschen in der Türkei positive Zeichen zu setzen, die auf eine enge Anbindung einer demokratischen Türkei an Europa bauen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 23. März 2017

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)